

Diskussion zum Beitrag: Zur Soziologie der deutschen Gewerkschaften (Schiefer, J.)

Hallstein; Böhm; Schiefer, J.

Veröffentlichungsversion / Published Version

Konferenzbeitrag / conference paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hallstein, Böhm, & Schiefer, J. (1948). Diskussion zum Beitrag: Zur Soziologie der deutschen Gewerkschaften (Schiefer, J.). In *Verhandlungen des 8. Deutschen Soziologentages vom 19.-21. September 1946 in Frankfurt am Main: Vorträge und Diskussionen in der Hauptversammlung und in den Sitzungen der Untergruppen* (S. 183-187). Tübingen: Mohr Siebeck. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-376868>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Diskussionen des sechsten Vortrags

Magn. Prof. Dr. Hallstein:

Wir danken dem Referenten für die breit angelegte Bestandsaufnahme, die er vor uns ausgebreitet hat und ein lebendiges und farbiges Bild geliefert hat und die analytische Problemstellung.

Darf ich jetzt die Diskussion eröffnen und um Wortmeldungen bitten.

Prof. Böhm:

Unter den vielen und außerordentlich mannigfaltigen Beziehungen soziologischer Art, die zwischen Gewerkschaften und Außenwelt, zwischen Gewerkschaften untereinander und endlich innerhalb der Gewerkschaften zwischen Mitgliedern und Organisation oder zwischen den Mitgliedern selbst stattfinden und die uns hier vorgeführt worden sind, interessiert mich als Wirtschaftsrechtler besonders eine. Sie ist auch im Vortrag selbst angedeutet worden, aber ich möchte glauben, daß sie sich vielleicht noch schärfer fassen läßt.

Der Herr Redner hat angedeutet, daß sich die Betätigung der Gewerkschaften, ihre soziologische Gestalt und ihr Arbeitsprogramm wiederholt verändert haben und zwar je nach den Veränderungen, die sich innerhalb des »Kapitalismus« vollzogen haben. Es ist ferner angedeutet worden, daß gerade heute ein Augenblick ist, in dem den Gewerkschaften die Gelegenheit geboten wird, sich mit einem veränderten Arbeitsprogramm zu konstituieren und so ihren eigenen Anhängern aufs neue eine überzeugende Vorstellung von ihrem Daseinsrecht zu geben. Und das scheint mir auf diejenige Beziehung hinzuweisen, die — wie ich glaube — von ziemlich entscheidender Bedeutung sein dürfte, nämlich die Beziehung zwischen den Gewerkschaften in ihren verschiedenen historischen Erscheinungsformen zu der jeweils geltenden Wirtschaftsordnung. Ich möchte mich jetzt absichtlich nicht des Ausdrucks »Kapitalismus« bedienen und zwar deshalb nicht, weil »Kapitalismus« eine Sammelbezeichnung ist, die ganz verschiedene Wirtschaftsordnungen umfaßt. So besteht z. B. die Möglichkeit, daß innerhalb des sogenannten Kapitalismus eine Wettbewerbsordnung herrscht. Es ist aber auch möglich — und wir haben das alles erlebt —, daß die Wettbewerbsordnung ersetzt wird durch eine »vermächte« Wirtschaft. Wir haben aber auch — und zwar schon zweimal im Laufe dieses Jahrhunderts — erlebt, daß die »kapitalistische« Wirtschaft überhaupt nicht mehr eine richtige Verkehrswirtschaft (oder Marktwirtschaft) war, d. h. daß sie nicht mehr durch Marktpreise, sondern durch Führungsmaßnahmen des Staates gesteuert worden ist. Je nachdem aber, ob wir eine Wettbewerbswirtschaft oder

eine vermachtete Verkehrswirtschaft oder aber eine Art Planwirtschaft haben, je nachdem ändert sich auch das Aufgabengebiet der Gewerkschaften — und zwar, wie ich glaube, ganz entscheidend. Diejenige historische Gestalt nun, in der uns im Laufe der letzten hundert Jahre die Gewerkschaften entgegengetreten sind, war sehr weitgehend bestimmt durch eine ganz bestimmte geschichtliche Konstellation. Diese Konstellation, diese Ordnung kann vielleicht ähnlich wiederkehren, sie kann sich aber natürlich auch ändern. Wenn sie sich ändert, so ändert sich damit auch das Aufgabengebiet der Gewerkschaften. Mir scheint, daß sich hier wahrscheinlich gewisse, recht exakte und einleuchtende Zusammenhänge werden aufzeigen lassen. Ein Beispiel: Die Gewerkschaften sind wohl durchweg entstanden auf dem Boden einer Wettbewerbswirtschaft. Aber einer mangelhaften Wettbewerbswirtschaft, bei der nämlich der Wettbewerb auf einem ganz bestimmten wichtigen Markt, dem **A r b e i t s m a r k t** zunächst nicht funktioniert hat. Er hat hier — entgegen den Aussagen der Theorie — nicht zu einer sinnvollen Koordination der Wirtschaftspläne der Marktbeteiligten geführt. Es ist deshalb in den Anfangszeiten der industriellen Entwicklung, in der Zeit vor 100 bis 120 Jahren teilweise zu geradezu grauenhaften Ausbeutungstatbeständen gekommen. Auf seiten der Arbeitgeber lag vielfach ein Wettbewerb überhaupt nicht vor; sie verfügten häufig — z. B. bei der Textilindustrie — ihren Arbeitern gegenüber über ein Nachfragemonopol. So war namentlich die in Gebirgstälern ansässige arbeitende Bevölkerung oft auf einen einzelnen Betrieb angewiesen. Dann konkurrierten zwar die Arbeiter in aller Heftigkeit um die Arbeitsplätze, aber zwischen den Arbeitgebern fand keine Konkurrenz um die Arbeiter statt. Die Tatsache, daß die Wettbewerbsordnung damals gerade auf dem Arbeitsmarkt so weitgehend versagt, hat später die Wirtschaftspolitik der Gewerkschaften in eine ganz bestimmte Richtung gedrängt. Die Gewerkschaften legten es ganz natürlicherweise darauf ab, dem Nachfragemonopol der Unternehmer ein Arbeitsmonopol der organisierten Arbeiter gegenüberzustellen. Das führte dann in der Ära des kollektiven Arbeitsrechts zur Politik der **d o p p e l s e i t i g e n M o n o p o l i s i e r u n g d e r A r b e i t s m ä r k t e**. Das bedeutete dann aber schon eine Durchbrechung und Beseitigung der Wettbewerbsordnung; denn doppelseitige Monopole gehören dem System der vermachteten Verkehrswirtschaft an. Das Merkwürdige, Tragische und Gefährliche bei dieser Umformung ist, daß das bilaterale Monopol eine nicht gleichgewichtsfähige Marktform ist. Selbst wenn sich die beiden Fronten gütlich über die Preise verständigen, so sind diese Preise doch nur in seltenen Fällen volkswirtschaftlich richtig und sinnvoll. Auch die Tariflöhne waren oft falsche Wegweiser, die nicht die Kraft besaßen, die Wirtschaftspläne der Marktbeteiligten sinnvoll zu koordinieren. Diese Fähigkeit besitzen normalerweise nur die Marktpreise und Marktlöhne bei **d o p p e l s e i t i g e r v o l l s t ä n d i g e r K o n k u r r e n z**. So kann es bei dem System des kollektiven Arbeitsrechts vorkommen, daß die zwischen Gewerkschaft und Arbeitgeberverband vereinbarten Löhne volkswirtschaftlich schädlich sind, daß aber die Schadenswirkungen weder bei den Unternehmern, noch bei den Arbeitern eintreten, sondern sich an ganz anderen Stellen der Wirtschaft bemerkbar machen. Es war sehr merkwürdig: fast in der ganzen Welt feierte die öffentliche Meinung das Tariflohnsystem als einen großen Fortschritt und eine

gute Lösung, und doch hat bis zum heutigen Tage kein einziger ernsthafter Gelehrter den Nachweis erbracht oder auch nur zu erbringen versucht, daß bei einer bilateralen Monopolisierung der Märkte eine volkswirtschaftlich sinnvolle und wirtschaftspolitisch vertretbare Ordnung zustandekommen kann.

Das Bild ändert sich nun vollständig, sobald — wie dies z. B. in der Kriegswirtschaft oder in der heutigen Wirtschaft der Fall ist — die Form der eigentlichen Marktwirtschaft verlassen wird, d. h. sobald die Preise nicht mehr auf Märkten zustande kommen, sondern vom Staat festgesetzt, sobald die Arbeiter durch autoritäre Lenkungsstellen auf die einzelnen Betriebe verteilt und die Rohstoffe ebenfalls amtlich zugewiesen werden. Von diesem Augenblick an haben die Gewerkschaften plötzlich eine ganz andere Aufgabe. Jetzt stehen sie gar nicht mehr unmittelbar den Unternehmern gegenüber, sie haben nicht mehr die Funktion, der einseitigen Übermacht der Unternehmer eine Gegenmacht entgegenzustellen, sondern sie wenden nunmehr ihr ganzes Gesicht auf den Staat hin, genau wie es die Unternehmer von Stund an ebenfalls tun. Beide Parteien versuchen nunmehr, Einfluß auf den Staat zu gewinnen, die staatliche Lenkungs politik mitzubestimmen.

Wieder anders werden die Dinge liegen, wenn der Staat eines Tages wieder zur Verkehrswirtschaft und zwar diesmal zur Form einer verfeinerten Konkurrenzwirtschaft übergehen sollte. Auch in diesem System könnten die Gewerkschaften eine überaus wichtige und weitgehende Aufgabe haben, die aber ganz anders sein würde wie diejenige, die ihnen im Rahmen einer vermachteten Verkehrswirtschaft oder einer Planwirtschaft zufällt. So könnten z. B. die Gewerkschaften in diesem Falle ihre ganzen Anstrengungen darauf konzentrieren, zu versuchen, die Arbeiter in den vollen Genuß der Wohltaten und Vorteile des Wettbewerbs zu setzen. Dem isolierten Arbeiter gelingt dies nämlich nicht, und zwar auch dann nicht, wenn die Unternehmer auf dem Arbeitsmarkt miteinander rivalisieren. Es genügt nämlich nicht, daß zwischen den Arbeitgebern ein Konkurrenzverhältnis besteht, sondern die Arbeiter müssen dann auch imstande sein, den Wettbewerb der Arbeiter zu ihren Gunsten voll auszunutzen. Dazu fehlt es dem vereinzelt Arbeiter aber an Markterfahrung, an der Zeit, den Markt genau zu beobachten, an der Beweglichkeit, jede Chance wahrzunehmen, an Geldmitteln, beliebig oft und beliebig weit auszuweichen, und an Marktübersicht. Überhaupt pflegt auf den Arbeitsmärkten, sobald sie ganz frei sind und keine Tariflöhne existieren, die hinreichende Markttransparenz nicht vorzuliegen. Hier wäre nun denkbar, daß die Gewerkschaften sich der Aufgabe annehmen, diese fehlenden Bedingungen, insbesondere diese fehlende Transparenz, durch genossenschaftliche Einrichtungen herzustellen, also z. B. durch gewisse Maßnahmen zur Senkung von Verkehrs- und Umzugskosten den Aktionsradius der Arbeiter auf den Arbeitsmärkten zu erweitern. Das wäre dann eine ganz andere Politik wie diejenige, die in der Vergangenheit betrieben worden ist, als es die Gewerkschaften Arm in Arm mit den Arbeitgeberverbänden, Kartellen, Trusts und sonstigen Inhabern von Marktmacht versuchten, die Wettbewerbsordnung lahmzulegen, sie zu ruinieren und an ihre Stelle eine vermachtete Verkehrswirtschaft zu setzen. Dieser alte Weg lag zwar nahe und war psychologisch verständlich; trotzdem aber war er verhängnisvoll. Denn aus einer vermachteten

Verkehrswirtschaft ist bis zum heutigen Tage noch niemals eine Ordnung entstanden und wird auch in Zukunft keine Ordnung entstehen. Es würde also schon den Versuch lohnen, daß man einmal umgekehrt vorgeht und darauf abzielt, eine wirkliche Ordnung herzustellen, indem man durch kollektive Anstrengung für gleiche wettbewerbsmäßige Startbedingungen der Arbeiter sorgt. Wenn dies gelingt, dann könnte man auch zu einer Auflockerung der Lohntarife und Lohnniveaus kommen, ohne daß die Arbeiter in Gefahr geraten, ausgebeutet zu werden.

Das wäre das, was ich den Zusammenhang zwischen Gewerkschaftsaufgabe und Wirtschaftsordnung nennen möchte.

Oberkreisdirektor Dr. J. Schiefer:

Meine Damen und Herren!

Ich danke den beiden Diskussionsrednern, die sich in keinem Punkte von meinen Ausführungen entfernt haben. Ich möchte nur noch sagen, daß die Bemerkungen des letzten Redners hinsichtlich Betriebsdemokratie in einer ganz anderen Schauweise gesehen werden. Ich habe mich mit dieser Frage sehr eingehend auseinandergesetzt und in meinem Buch über die Gewerkschaften ein großes Kapitel geschrieben über die Einstellung der Gewerkschaften zu den Wirtschaftsfragen, wozu auch die Betriebs- und die sogenannte Wirtschaftsdemokratie gehören. Der letzte Stand der gewerkschaftlichen Stellungnahme zur Mitbestimmung in der Wirtschaft überhaupt gipfelt in dem einen Wort »Wirtschaftsdemokratie«. Über die Wirtschaftsdemokratie und ihre Probleme ist auf den Gewerkschaftskongressen 1919, 1922, 1925 und 1928 sehr heftig gerungen worden. Ich glaube nicht, im Gegensatz zu den Herren Diskussionsrednern, daß die Gewerkschaften sich wieder zur Betriebsdemokratie bekennen werden. Sie scheint mir ein überlebter Standpunkt zu sein, der allerdings anfangs der 20er Jahre sehr heftig diskutiert wurde, aber dem Glauben an die wirtschaftliche Gestaltungskraft und Mitarbeit der Gewerkschaften in der Wirtschaftsdemokratie weichen mußte.

Ich kann mich hier über dieses Problem »Betriebsdemokratie oder Wirtschaftsdemokratie« nicht äußern. Das ist ein so gewaltiges Thema, daß sehr viel hierzu zu sagen wäre. Man müßte zunächst einmal sagen, was die Begriffe bedeuten.

Abschließend möchte ich noch ein paar Bemerkungen machen über eine besondere Art soziologischer Beziehungen der Gewerkschaften, nämlich ihre politischen Beziehungen.

Ich habe mir eine Anzahl Satzungen der neuen Gewerkschaften durchgesehen und überall kehrt der Satz wieder: »Die Gewerkschaft ist politisch und religiös neutral.« Ich habe Ihnen kurz darzustellen versucht, wie die Gewerkschaften bis 1933 in Richtung der Politik und der Weltanschauungen zerrissen waren. Wir wollen hoffen, daß eine solche Zersplitterung im Interesse des Gesamtaufbaus Deutschlands in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht nicht mehr Platz greifen wird. Aber man muß hier die Frage stellen: Können die Gewerkschaften überhaupt politisch neutral sein? Da ergibt sich zunächst einmal die Frage, was machen die Gewerkschaften überhaupt, wenn beispielsweise Fragen des Arbeitsrechts, der Sozialversicherung, des Arbeiterschutzes, der Sozialpolitik ganz allgemein diskutiert werden und durch bestimmte Parla-

mente in Gesetzesform verabschiedet werden sollen? Es ist für mich eine Selbstverständlichkeit, daß die Gewerkschaften politisch Einfluß nehmen müssen in irgendeiner Form. Man könnte das Problem auf die Formulierung bringen: Die Gewerkschaften müssen partei-politisch neutral aber nicht unpolitisch sein.

Ich darf Ihren Blick nach England richten. Die Webbs haben in ihrem berühmten Buch über die »Trade Unions« die Gewerkschaften so definiert, wie es der letzte Diskussionsredner darstellte. Dieser Aufgabenkreis der Gewerkschaften ist längst überholt. Aber es ist interessant, in der englischen Gewerkschaftsgeschichte Studien zu machen auch hinsichtlich der politischen Beziehungen der Gewerkschaften. Auch die Gewerkschaften in England sind politisch neutral. Die englische Labour-Party hat eine zweifache Mitgliedschaft: Eine persönliche und eine korporative Mitgliedschaft. Korporativ sind in England der Labour-Party eine ganze Anzahl Gewerkschaften als Mitglied angeschlossen. Die Gewerkschaften in England entsenden eigene Kandidaten ins Parlament. Einzelne Gewerkschaften in England haben besondere politische Institutionen geschaffen, stellen bestimmte Geldsummen zur Verfügung zur Finanzierung von Kandidaten der Arbeiterpartei. Und so wird es auch in Deutschland in Zukunft kommen müssen, wenn der gewerkschaftliche Aufbau einmal wieder greifbare Formen angenommen hat und die sogenannte aktionslose Zeit vorbei ist.

In diesem Punkte hat die Diskussion meine Ausführungen sehr gut ergänzt, daß wir tatsächlich in einer für die Gewerkschaften und ihre Aufgaben völlig aktionslosen Zeit leben. Ich kann mir darüber ein sehr gutes Urteil erlauben, weil ich mit den Gewerkschaften sehr häufig zusammenkomme und ihre Schwierigkeiten und Nöten kenne. Ich habe jahrelang als einfacher Gewerkschaftsfunktionär im Betriebe gestanden und kenne die Beziehungen sehr genau. Die Gewerkschaften können im Augenblick überhaupt nichts tun, sie sind vollkommen aktionsschwach, aber es wird in Deutschland die Zeit kommen, wo sich die Gewerkschaften wieder entscheiden müssen, wie sie politisch Einfluß nehmen wollen. Das muß in irgendeiner Form geschehen. Es ist aber auch möglich, daß die Gewerkschaften den politischen Parteien ein sozialpolitisches Programm vorlegen und sie entscheiden lassen, was sie davon akzeptieren. Diesen Vorschlag machte der Vorsitzende des Afa-Bundes, Aufhäuser, bereits Mitte der 20er Jahre.

Darin sehe ich eine gute Lösung. Es wird große Schwierigkeiten verursachen, die deutschen Gewerkschaften der Gegenwart wieder aufzubauen. Das System der Industrie-Gewerkschaften wird nicht einheitlich anerkannt. Die Angestellten versuchen jetzt schon wieder, eine eigene Berufsgewerkschaft aufzubauen.